

Schule und Bildung in den Programmen der Oppositionsparteien CDU, FDP und AfD in Baden-Württemberg – eine Zusammenstellung

Seit Oktober 2015 liegen die Wahlprogramme der Parteien vor, die als Oppositionsparteien zu den in Baden-Württemberg seit 2011 regierenden Parteien Bündnis 90/Die Grünen und SPD derzeit Aussicht auf Erfolg bei den Landtagswahlen am 13. März 2016 haben: die CDU, die FDP und die AfD.

Der «Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg» hat den Programmen dieser drei Parteien die Aussagen zu Schule und Bildung entnommen und zusammengestellt. In allen drei Programmen finden sich Kritikpunkte an der bisherigen grün-roten Bildungspolitik in Baden-Württemberg und auch Forderungen, die unser Arbeitskreis teilt.

Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg

Auszug aus dem Wahlprogramm der CDU für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 13.3.2016

Gute Schulen für unsere Kinder

Bildung wird wieder Herzstück der Landespolitik

Wir wollen wieder die besten Schulen für unsere Kinder. Schulen, welche die Begabungen und Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes gezielt und individuell fördern. Schulen, die für Vielfalt und Chancenreichtum stehen, und Schulen, deren Abschlüsse im nationalen Vergleich genauso wie im internationalen Vergleich etwas wert sind. Die Spitzenplätze, die unsere Schulen unter CDU geführter Regierungsverantwortung einnahmen und die im europäischen Vergleich stets niedrigste Jugendarbeitslosigkeit sprachen für deren hohe Qualität.

Grün-Rot hat unser Schulsystem schwer beschädigt

Durch die ideologisch geprägte, völlig übereilte und nicht durchdachte Einführung der Gemeinschaftsschule sowie die überhastete Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung hat Grün-Rot die Axt an unser erfolgreiches differenziertes Schulsystem gelegt. Seit dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung sind in nur vier Jahren die Übergangszahlen von der Grundschule auf die Haupt- und Werkrealschulen von 25 Prozent auf gerade noch sieben Prozent eingebrochen. Gleichzeitig sind die Wiederholerzahlen in Realschulen und Gymnasien deutlich gestiegen. Diese Entwicklung wiederum ist eine starke Motivation für viele Eltern, ihre Kinder in Privatschulen unterzubringen. Lehrerinnen und Lehrer stellen mehr und mehr fest, dass viele Schülerinnen und Schüler dem Unterricht nicht folgen können und in einer ganz wichtigen Entwicklungsphase unnötigen und gesundheitsgefährdenden Stress erleben. Dabei ist neben ihrem eigenen zugleich der Lernerfolg der ganzen Klasse gefährdet.

Neues Beratungskonzept für eine erfolgreiche Bildungsbiografie

Die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung erfolgte im „Hauruckverfahren“. Es wurden weder die Eltern an der Grundschule ausreichend vorbereitet noch an den weiterführenden Schulen die dringend notwendigen Förderangebote geschaffen. Die weiterführenden Schulen haben keinen Anspruch, die Grundschulempfehlung einzusehen. Dadurch wird ein gelingender Übergang erschwert und am Schulstart wichtige Zeit verloren. Wir wollen dieses Verbot umgehend aufheben, damit die Schülerinnen und Schüler beim Übergang in die weiterführenden Schulen gut aufgenommen und individuell gefördert werden können. Wir

wollen künftig die Übergänge in die weiterführenden Schularten mit einem durchgängigen und systematischen Beratungskonzept für die Eltern wieder am Wohl des Kindes ausrichten. Anders als Grün-Rot wollen wir die Eltern in ihrer Entscheidung aber nicht alleine lassen, sondern einen engen und vertrauensvollen Dialog zwischen Eltern und Schulen schaffen. Für die Übergangentscheidung gehört dazu ein verpflichtendes Elterngespräch mit der Grundschule und der weiterführenden Schule. Die Begleitung und Beratung der Eltern muss anschließend weitergehen. Am Ende der Klasse 6 der Realschule steht eine Bildungswegempfehlung, die den Haupt- oder Realschulabschluss empfiehlt.

Grün-Rot: Ideologie steht über dem Wohl der Kinder

Verlierer des von Grün-Rot begonnenen Radikalumbaus sind in erster Linie unsere Kinder, in zweiter Linie aber auch die Städte und Kommunen unseres Landes. In vielen Kommunen führt die von Grün-Rot etablierte regionale Schulentwicklung zu Schulschließungen. Doch Grün-Rot geht es nicht nur um die Schließung von Haupt- und Werkrealschulen, Grün-Rot will, dass auch die Realschulen und die Förderschulen in den von ihnen favorisierten und deutlich privilegierten Gemeinschaftsschulen untergehen. Die pädagogischen Konzepte von Grün-Rot zur Weiterentwicklung der Schularten belegen das eindeutig.

Die grün-rote Gemeinschaftsschule funktioniert nicht

Die von Grün-Rot angestrebte Schullandschaft mit Gemeinschaftsschule und Gymnasium deckt den schülergerechten Förderbedarf unserer Kinder nicht ab. Obwohl die grün-rote Landesregierung ihr Prestigeobjekt der Gemeinschaftsschulen einseitig mit Lehrerressourcen begünstigt, werden die Lernziele nicht erreicht. Das pädagogische Konzept greift trotz üppiger Ressourcenausstattung und zahlreicher Überstunden der Lehrerinnen und Lehrer nicht. Es schadet der Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler. Viele Kommunen, die sich für die Gemeinschaftsschule ausgesprochen haben, haben dies nicht aus Überzeugung getan, sondern um den Schulstandort zu erhalten.

Differenzieren ist besser als nivellieren

Nur ein differenziertes Schulwesen bietet die Möglichkeit, den unterschiedlichen Begabungen und der Einzigartigkeit jedes einzelnen Schülers bestmöglich zu entsprechen. Nur ein differenziertes Bildungssystem kann mit seinen vielfältigen Bildungsangeboten den unterschiedlichen Bedürfnissen der einzelnen Schülerinnen und Schüler wirklich gerecht werden. Die Schulträger sollen sich für differenzierte Bildungswege zu Hauptschulabschluss, Mittlerer Reife und Abitur entscheiden können.

Frühe Bildung fördern

Nie lernen Kinder so rasch und leicht wie in den ersten Lebensjahren. Sie sind prägend für die persönliche und soziale Entwicklung und entscheidend für eine erfolgreiche Bildungsbiografie. Wir wollen deshalb die erste Bildungsphase aufwerten und die frühkindliche Bildung stärken. Dies ist auch eine Frage der Bildungsgerechtigkeit: Wir wollen gleich gute Startchancen für alle Kinder.

Im Mittelpunkt der frühkindlichen Bildung steht die Entwicklung des Kindes. Die Kindertageseinrichtungen haben deshalb nicht nur einen Betreuungs-, sondern auch einen Erziehungs- und Bildungsauftrag. Sie unterstützen die Eltern in ihrer verantwortungsvollen Aufgabe, die persönliche und soziale Entwicklung zu fördern und erste Bildungsinhalte zu vermitteln. Im Kindergarten sollen die Kinder sprachlich und in den elementaren Kompetenzen altersgerecht gefördert werden: Musik und Kunst sowie Bewegungs-, Gesundheits- und Ernährungserziehung gehören ebenso dazu wie erste Begegnungen mit Phänomenen aus Natur, Mathematik und Technik.

Unter Verantwortung der CDU wurde der Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen mit dem „Orientierungsplan“ ausformuliert. Der Orientierungsplan ist eine exzellente Grundlage für

die Arbeit in den Kindertageseinrichtungen. Wir wollen uns mit den Trägern, auch mit Blick auf das Vorschuljahr, auf eine flächendeckende verbindliche Umsetzung verständigen. Die Sprachförderung ist von immer größerer Bedeutung, damit alle Kinder zu Schulbeginn ausreichend deutsch können. Kinder mit besonderem Förderbedarf sollen in der Kindertageseinrichtung zudem gezielt gefördert werden. Das Programm „Singen-Bewegen-Sprechen“ wollen wir allen Kindern zugänglich machen.

Wir setzen uns für den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung ein. Der Ausbau ist nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ zu verstehen. Für jedes Kind soll in zumutbarer Entfernung ein hochwertiges Angebot zur Verfügung stehen.

Die „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ sind ein Erfolgsmodell. Sie bieten einen nahtlosen Übergang vom Kindergarten in die Grundschule. Wir wollen dieses Angebot fortführen und mit mehr Standorten ausbauen.

Der verantwortungsvolle Beruf der Erzieherin und des Erziehers braucht unser aller Wertschätzung. Die praxisintegrierte Ausbildung hat sich sehr bewährt, um mehr Menschen und vor allem junge Männer für diesen Beruf zu gewinnen. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Grundschulen – kurze Beine, kurze Wege

Die Grundschule ist und bleibt der Ort, der den Schülerinnen und Schülern gute Grundlagen in Schreiben, Lesen und Rechnen vermittelt. Sie fördert Tugenden und Haltungen und schafft eine gute Ausgangsbasis für künftige Lernerfolge. Eine wohnortnahe Grundschule entspricht dem Bedürfnis junger Familien und ist zugleich ein wesentlicher Standortvorteil für die Kommune. Dennoch plant Grün-Rot, die Grundschulen ab 2016 in das Schulschließungsprogramm der sogenannten regionalen Schulentwicklung einzubeziehen. Für die CDU bleibt das Motto „kurze Beine, kurze Wege“. Wir wollen auch in Zukunft möglichst wohnortnahe Grundschulen von hoher Qualität. Wir werden

- mehr Wochenstunden verbindlich zum Üben und Vertiefen vorsehen,
- in Klasse 1 und 2 mehr Stunden für Deutsch und Mathematik zur Verfügung stellen und deshalb mit dem Fremdsprachenunterricht erst in Klasse 3 beginnen.

Die neue „Realschule Baden-Württemberg“

Die bestehenden Werkrealschulen bereiten mit ihrem praxisnahen Konzept die Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf einen erfolgreichen Übergang in die Berufsausbildung vor. Durch den Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung haben die Werkrealschulen erhebliche Schwierigkeiten, eine fünfte Klasse mit den erforderlichen 16 Schülerinnen und Schülern einzurichten. Wir halten die grün-rote Ideologie hin zur Gemeinschaftsschule für falsch. Den Hauptschulabschluss sehen wir künftig auch unter dem Dach der Realschule Baden-Württemberg.

Den Schulträgern wollen wir ermöglichen, Werkreal- und Realschulen in räumlicher Nähe – wenn möglich auf einem gemeinsamen Campus gelegen – zu einer gemeinsamen „Realschule Baden-Württemberg“ mit differenzierten Bildungsangeboten zusammenzufassen. Eine solche Schule wird von einer gemeinsamen Schulleitung geführt und der Unterricht von einem gemeinsamen Kollegium erteilt. Die Schülerinnen und Schüler können so das positive Klima einer gemeinsamen Schule erleben.

Sollten die baulichen Voraussetzungen an einem Standort nicht vorhanden sein, wollen wir die „Realschule Baden-Württemberg“ auch als regionale Verbundschule ermöglichen. Ein solcher regionaler Schulverbund bietet ein wohnortnahes differenziertes Unterrichtsangebot. Der Unterricht wird von einem gemeinsamen Kollegium erteilt.

Wir werden:

- den vielen engagierten Haupt- und Werkrealschullehrerinnen und -lehrern klare und echte

- berufliche Perspektiven aufzeigen,
- die Schullandschaft im intensiven Dialog mit den Schulleitungen, den Lehrerinnen und Lehrern, den Elternvertretern, den Schulträgern und anderen Bildungsfachleuten gezielt weiterentwickeln und zugleich wieder zu alter Stärke führen.

Realschulen als Rückgrat unseres Bildungssystems

Realschulen sind eine leistungsstarke Schulart mit eigenständigem Profil. Die Mittlere Reife ist ein wertvolles Ticket zum Start in eine duale Ausbildung und eine gute Grundlage für einen erfolgreichen Übergang auf das berufliche Gymnasium. 40 Prozent der Absolventen eines jeden Jahrgangs wechseln auf das berufliche Gymnasium und machen dort Abitur. Die Realschule steht – neben einem eigenständigen Gymnasium – im Mittelpunkt unseres Bildungskonzepts. Unsere Realschulen haben es nicht verdient, dass sie durch Grün-Rot gegenüber den Gemeinschaftsschulen nachhaltig und massiv bei der Ressourcen- und Lehrerausstattung benachteiligt werden. Auch der ständige Druck auf die Realschulen, nach dem pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule zu arbeiten, ist nicht hinnehmbar. Wir wollen keine Realschule, die den Namen nur noch auf dem Papier trägt.

Wir werden

- in den Realschulen mit differenzierten Unterrichtsangeboten auf die Mittlere Reife und den Hauptschulabschluss vorbereiten,
- die Klassen 5 und 6 der Realschule als Orientierungsphase organisieren, die auch schon leistungsdifferenzierte Förderangebote anbieten können. Dabei soll im Dialog zwischen Schule und Eltern jeweils zum Halbjahr ein Wechsel zwischen Haupt- und Realschulniveau möglich sein,
- sicherstellen, dass ab Klasse 7 mindestens in den Fächern Deutsch, Mathematik sowie in Fremdsprachen und Naturwissenschaften in leistungsdifferenzierten Bildungsgängen auf den Hauptschulabschluss und die Mittlere Reife vorbereitet wird,
- ab Klasse 8 eine enge Verzahnung mit den beruflichen Schulen ermöglichen, etwa durch berufspraktische Projekte.

Gymnasium pur

Das allgemeinbildende Gymnasium werden wir auch in Zukunft erhalten. Es ist die gefragteste Schule. Die hohe Qualität des baden-württembergischen Abiturs muss gesichert werden. Dabei haben wir auch den sich wandelnden Förderbedarf am Gymnasium im Blick.

Vor über zehn Jahren haben wir das achtjährige Gymnasium aus Überzeugung eingeführt. Es hat den Schülern einen schnelleren Weg zum Abitur eröffnet. In den letzten Jahren sind an den Schulen im Dialog mit Schülern und Eltern zahlreiche Verbesserungen erreicht worden. An vielen Schulen funktioniert G8 hervorragend. Gleichwohl wissen wir, dass sich viele Eltern, Lehrer und Schüler ein neunjähriges Gymnasium wünschen. Dem wollen wir dadurch Rechnung tragen, dass wir die Entscheidung zwischen G8 und G9 in die Hand der Schulen und damit der Eltern, Lehrer und Schüler legen.

Wir werden

- den Start an der weiterführenden Schule durch die Weitergabe der Grundschulempfehlung erleichtern,
- künftig den Schulen und Schulträgern ermöglichen, selbst zu entscheiden, ob sie G8 oder G9 oder beides anbieten. In Schulen, die beide Geschwindigkeiten anbieten, soll nach einem gemeinsamen Einstieg in den Klassen 5 und 6 zur 7. Klasse eine Wahlmöglichkeit zwischen G8 oder G9 eingeführt werden,
- in den Klassen 5 und 6 eine intensive Beratung zum weiteren Bildungsweg anbieten,
- eine noch engere Verzahnung von Realschule und beruflichem Gymnasium aufbauen; das

berufliche Gymnasium ist für uns praktisch die gymnasiale Oberstufe der „Realschule Baden-Württemberg“; seine berufliche Profilierung bietet eine attraktive Alternative zum allgemeinbildenden Gymnasium.

Die Gemeinschaftsschule ist gescheitert

Eine Schule, in der alle Kinder vom Sonderschüler bis zum Hochbegabten in einer Gruppe unterrichtet werden, in der Lehrer nur noch Lernbegleiter sind, eine Schule ohne Noten und ohne „Sitzenbleiben“ ist völlig überfrachtet und schnell überfordert. Wir werden keine neuen Gemeinschaftsschulen einrichten, aber auch die bestehenden 271 Gemeinschaftsschulen nicht schließen. Wir wollen diesen Gemeinschaftsschulen anbieten, sich weiterzuentwickeln und mit leistungsdifferenzierten Bildungsgängen zu arbeiten. Die finanzielle Überprivilegierung der Gemeinschaftsschule werden wir zurückführen. Wir wollen eine gerechte Balance bei der Ressourcenverteilung, so dass keine Schulart mehr bevorzugt oder benachteiligt ist. Es soll ein fairer Wettbewerb um die beste Unterrichtsqualität möglich sein.

Wir werden

- an den bestehenden Gemeinschaftsschulen Klassen mit ähnlich leistungsstarken Schülerinnen und Schülern einrichten,
- die Leistungen wieder mit Noten bewerten, den Schülern eine Chance geben, die Klasse zu wiederholen,
- Freiheit im pädagogischen Konzept eröffnen: Methodenmix im Unterricht und äußere Leistungsdifferenzierung,
- ein flexibles Angebot schaffen, statt einer verpflichtenden Ganztagschule für alle, an den Gemeinschaftsschulen keine Oberstufe einrichten, den reibungslosen Anschluss an das berufliche Gymnasium garantieren,
- eine gerechte Balance in der Stundenzuweisung für alle Schularten und gleiche Rahmenbedingungen für Inklusion und Ganztagsangebot. Hierzu gehört auch die Gleichbehandlung bei Zuschüssen für den Schulhausbau.

Berufliche Schulen – ein wichtiger Pfeiler

Die beruflichen Schulen garantieren die notwendige Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit in einem differenzierten Schulsystem. Mit ihren Vollzeitschularten bieten die beruflichen Schulen exzellente Anschlussmöglichkeiten hin zu allen allgemeinbildenden Bildungsabschlüssen.

So eröffnen die beruflichen Gymnasien für Schülerinnen und Schüler mit mittlerem Bildungsabschluss den äußerst attraktiven Weg, die Hochschulreife zu erwerben. Deren Oberstufe ist die optimale Anschlussmöglichkeit für alle Schülerinnen und Schüler mit Mittlerer Reife.

Die Teilzeitschularten sind verlässlicher Partner der Wirtschaft in der dualen Berufsausbildung. Für uns sind die Berufsschulen unverzichtbare Partner für eine hochwertige Fachkräftegewinnung. Darüber hinaus bieten die Berufsschulen wichtige Angebote im Bereich der beruflichen Weiterbildung. Wir wollen mehr Freiheit für die beruflichen Schulen und setzen uns deshalb für ihre operative Eigenständigkeit ein.

Wir wollen in der Berufsausbildung die leistungsschwächeren Jugendlichen besser mitnehmen und sie zugleich für leistungsstarke junge Menschen attraktiver gestalten. Wir brauchen ein gemeinsames Ausbildungsmarketing von Politik, Schule und Wirtschaft, um die Attraktivität der beruflichen Erst- und Weiterbildung zu sichern. Sie steht für uns gleichwertig neben der hochschulischen Bildung. Rund 250.000 Jugendliche in Baden-Württemberg haben keinen schulischen Abschluss oder sind in einer Warteschleife zwischen Schule und Ausbildung. Um diese Jugendlichen wollen wir uns intensiv kümmern. Ziel ist, ihnen eine duale Ausbildung zu ermöglichen.

Unser Ziel ist es, möglichst jedem motivierten und leistungsbereiten Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte, auch geduldeten jugendlichen Flüchtlingen, die Chance auf eine betriebliche Ausbildung zu bieten. Die Auszubildenden und ihre Ausbildungsbetriebe brauchen dabei Rechtssicherheit. Die beruflichen Schulen müssen in die Lage versetzt werden, Zusatzunterricht in Deutsch als Fremdsprache erteilen zu können.

Wir werden

- die beruflichen Schulen angemessen mit materiellen und personellen Ressourcen ausstatten,
- betriebsnahe und wohnortnahe Berufsschulstandorte im ländlichen Raum zur Stärkung der dualen Ausbildung erhalten,
- jede notwendige Standortverlagerung oder die Bündelung von berufsschulischen Angeboten stets in fairer und offener Absprache mit den Schulen, den Betrieben und ihren Organisationen sowie den Schulträgern vornehmen,
- mehr schulbezogene Stellenausschreibungen zulassen, über die die Schulleitungen entscheiden können,
- den Schulen eigene Fortbildungsbudgets zuweisen,
- die Schulleitungen in ihren Kompetenzen stärken und durch einen neu zu schaffenden Verwaltungsassistenten entlasten,
- die Beteiligung des Landes an der Finanzierung von Internaten für Schüler in Bundes- oder Landesklassen erhöhen.

Sonderschulen – Inklusion am Kindeswohl orientieren

Die CDU bekennt sich klar zum Ziel der Inklusion. Vom gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung können alle profitieren. Die schulische Inklusion ist darüber hinaus ein wichtiger Beitrag für ein gleichberechtigtes Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Grün-Rot hat hier große und zum Teil unrealistische Erwartungen geweckt. Ohne ausreichende Vorbereitung hat Grün-Rot die Inklusion zum Schuljahr 2015/16 gesetzlich verankert. Bei Eltern und Kindern, Schulen, Stadt- und Landkreisen ist dadurch erhebliche Verunsicherung entstanden.

Für die CDU steht bei der Inklusion das Wohl des einzelnen Kindes im Mittelpunkt. Während für manche Kinder der Besuch einer allgemeinen Schule ein guter Weg ist, können andere Kinder auf einer Sonderschule besser gefördert werden. Wir wollen deshalb gleichberechtigte Wege eröffnen, zwischen denen die Eltern im Rahmen des Möglichen wählen können: die Inklusion an einer allgemeinen Schule, den Besuch einer Außenklasse oder den Besuch einer Sonderschule.

Wir wollen den Eltern ein Wahlrecht zwischen diesen verschiedenen gleichwertigen Wegen geben. Dazu gehören eine gute, transparente und offene Beratung in den Bildungswegekonferenzen, die Unterstützung durch Elternlotsen sowie die Schaffung eines Landesombudsmanns. Die Beratung der Eltern berücksichtigt die Gegebenheit an den Schulen vor Ort. Inklusion ist nur dann gegenüber Kindern, Eltern und Lehrkräften verantwortbar, wenn auch die Voraussetzungen gegeben sind.

Inklusion ist Aufgabe aller Schulen und Schularten. In der Grundschule und der Sekundarstufe I können Kinder mit Behinderung auch dann vom gemeinsamen Unterricht profitieren, wenn sie das Bildungsziel nicht erreichen können. Um eine optimale Förderung sicherzustellen, soll Inklusion dabei in Gruppen von mehreren Kindern und möglichst mit gleicher Art der Behinderung umgesetzt werden. Nach wie vor entscheiden sich mehr als zwei Drittel der Eltern von Kindern mit Behinderung für den Besuch einer Sonderschule. Das bewährte und differenzierte System der Sonderschulen muss deshalb erhalten bleiben. Dies gilt insbesondere für die Versorgung mit Sonderpädagogen und die grundständige, spezialisierte sonderpädagogische Ausbildung. Auch die Außenklassen von Sonderschulen an allgemeinen

Schulen werden von vielen Eltern als optimaler Weg gesehen und erfahren immer größeren Zuspruch.

Wir werden

- den erfolgreichen Weg der Inklusion als gleichwertiges Angebot stärken und weiterentwickeln,
- die hohe Qualität der sonderpädagogischen Förderung an den allgemeinen Schulen garantieren sowie die personellen, sächlichen und räumlichen Voraussetzungen dafür schaffen,
- das Zwei-Pädagogen-Prinzip an der Regelschule anstreben, nach dem die Lehrkraft der allgemeinen Schule durch eine sonderpädagogische Fachlehrkraft in der Klasse unterstützt wird,
- die Lehrerinnen und Lehrer an den allgemeinen Schulen in Aus- und Fortbildung auf die Herausforderungen der Inklusion vorbereiten,
- gemeinsam mit den Gemeinden, Stadt- und Landkreisen die Voraussetzungen bei Sachausstattung, Umbau und Schülerbeförderung schaffen,
- die Aufgaben und Qualifizierung der Schulbegleitung regeln und die Steuerung und Finanzierung dauerhaft lösen.

Privatschulen bereichern die Bildungslandschaft

Privatschulen sind wichtiger Impuls- und Ideengeber des öffentlichen Schulwesens. Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich zu einer soliden finanziellen Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft. Wir wollen für sie eine Förderquote von 80 Prozent der Kosten für eine vergleichbare öffentliche Schule. Grün-Rot hat in dieser Legislaturperiode nicht nur dieses Ziel verfehlt, sondern die Schulen in freier Trägerschaft beispielsweise auch durch die Versorgungsabgabe zusätzlich belastet. Mit bildungspolitischen Entscheidungen, die finanzielle Auswirkungen haben, sollten im Interesse der freien Schulen immer sofort Mittel reserviert werden, die ein Absinken der Förderquote vermeiden. Gemeinsam mit den Privatschulverbänden wollen wir das Brutto-Kostenmodell weiterentwickeln, um die Privaten Schulen bei den neuen pädagogischen Herausforderungen zu unterstützen.

Ganztagsschulen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Familien brauchen für Kinder im Grundschulalter verlässliche Betreuungsangebote. Dazu müssen die Ganztagsschulen quantitativ und qualitativ weiter ausgebaut werden. Uns ist dabei wichtig, dass der Lebensalltag der Familien und die Schulen zueinander passen. Es darf deshalb nicht nur Ganztagsschulen mit Anwesenheitspflicht bis in den späten Nachmittag geben, sondern auch weiterhin flexible und modulare Angebote der Verlässlichen Grundschule sowie im Hort an der Schule. Wir wollen Nachmittagsbetreuung für alle Grundschulkinder anbieten, sei es in der verbindlichen oder in der flexiblen und freiwilligen Form. Kinder und Jugendliche sollen die vielfältigen Angebote von Vereinen und des Ehrenamts nutzen können; hier wollen wir wieder Brücken bauen. Ziel ist der gemeinsame Bau einer neuen familienfreundlichen und flexiblen Ganztagsschule als breites und bedarfsgerechtes Bildungsangebot. Mit der einseitigen Förderung der verpflichtenden Ganztagsschule durch die grün-rote Landesregierung muss Schluss sein. Dieses Konzept fährt alle flexiblen Angebote zurück und gefährdet die außerschulische Jugendarbeit. Wir werden

- eine familienfreundliche und flexible Ganztagsschule entwickeln, die neben Bildungsangeboten auch die passende Betreuung bietet,
- Wahlfreiheit für die Schulen beim Ausbau des Ganztagsangebots schaffen. Jede Schule im Land, die Ganztagsschule werden will, soll dies auch werden können, keine Schule darf aber dazu gedrängt werden,
- die zusätzlichen Stunden im Ganzttag für eine gezielte Förderung der Kinder nutzen,

- beispielsweise für Hausaufgabenbetreuung, für Zusatzangebote an schwächere wie stärkere Schülerinnen und Schüler und für eine Einbindung der außerschulischen Partner,
- Ehrenamtlichen ermöglichen, sich mit qualifizierten Angeboten einbringen zu können und so das pädagogische Konzept der Ganztagschulen zu bereichern,
- die Wahlfreiheit der Eltern garantieren, ob ihr Kind ein Ganztagsangebot wahrnimmt.

Rahmenbedingungen für alle Schulen verbessern

Der schulische Erfolg hängt von den Bedingungen ab, die den Unterricht bestimmen. Gute, hoch motivierte Lehrerinnen und Lehrer sind der Schlüssel für den Erfolg. Es ist für uns selbstverständlich, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer für die schwierige Arbeit die nötige Wertschätzung und Anerkennung bekommen. Wir wollen jeder Schule eine am tatsächlichen Bedarf orientierte Stellen- und Budgetausstattung ermöglichen.

Grün-Rot hat jetzt erstmals seit Gründung des Landes die Streichung von Lehrerstellen beschlossen und umgesetzt. Für die Zeit bis zum Schuljahr 2020/21 wurde der Abbau von 11.602 Lehrerstellen angekündigt. Bis zum Schuljahr 2013/14 wurden 1.000 und zum Schuljahr 2014/15 363 Lehrerstellen abgebaut. Das hat die Unterrichtsversorgung erheblich belastet, und wurde auch durch die Einstellung zum laufenden Schuljahr nicht ausgeglichen. Am Ende der Regierungszeit steht ein Minus in der Lehrerversorgung. So wurde die Entlastung der Lehrkräfte reduziert.

Wir werden wieder Politik für eine verlässliche Unterrichtsversorgung machen. Ein besonderes Augenmerk wollen wir auf den veränderten Lehrerbedarf wegen der neu hinzukommenden Flüchtlingskinder richten.

Wir werden

- dafür sorgen, dass das Land für die Lehrerinnen und Lehrer wieder ein guter und verlässlicher Arbeitgeber wird, durch eine hochwertige Ausbildung, eine zuverlässige Bildungspolitik sowie eine gesteigerte Wertschätzung den Lehrerberuf wieder attraktiv machen, die Stellen und Budgetausstattung der Schulen am tatsächlichen Bedarf ausrichten,
- die Stellen, die aufgrund der demografischen Entwicklung frei werden, für die qualitative Verbesserung unserer Schulen verwenden,
- Anreize schaffen, dass sich die besten Bewerberinnen und Bewerber für den Lehrerberuf entscheiden, beispielsweise durch Zulagen für Mangelfächer,
- die Fortbildung und die Aufstiegsmöglichkeiten für unsere Lehrerinnen und Lehrer verbessern,
- die Beschäftigungsverhältnisse unserer Lehrerinnen und Lehrer so anlegen, dass sich niemand in den Sommerferien arbeitslos melden muss,
- die Leitungsfunktionen an unseren Schulen attraktiver machen, indem wir beispielsweise schulbezogene Stellenausschreibungen und die Budget- und Personalentscheidungen wieder stärker den Schulleitungen übertragen,
- dafür sorgen, dass die zugewiesenen Deputate an allen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen eigenverantwortlich zum optimalen Nutzen der Schülerinnen und Schüler eingesetzt werden können.

Eltern und Schüler wirken mit

Eltern sind die Experten für ihre Kinder, sie erziehen ihre Kinder zu Persönlichkeiten, sie unterstützen und beraten sie, machen sie stark. Dazu gehören Fördern und Fordern. Eltern haben das Recht und die Pflicht, an der Erziehung der Kinder in der Schule mitzuwirken. Die gemeinsame Verantwortung der Eltern und der Schule für die Erziehung und Bildung der Kinder und Jugendlichen gelingt am besten durch vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dies gilt insbesondere auch für die Werteerziehung.

In der frühkindlichen Bildung ist das Einbeziehen der Eltern bei der Sprachförderung unverzichtbar. In der Schule wirken Eltern an der Gestaltung des Schullebens aktiv mit. In den Gremien beraten Eltern mit über die Standortbestimmung und Zielorientierung der Schule.

Schülerinnen und Schüler nehmen in der SMV ihre Interessen in der Schulgemeinschaft wahr. Der Landesschülerbeirat ist wenig bekannt und wird von nur 15 Prozent der Schülerschaft gewählt. Wir halten eine breitere Verankerung und Akzeptanz für notwendig.

Freiheit im Glauben

Der christliche Religionsunterricht ist für uns Ausdruck der abendländischen Kultur unseres Heimatlandes. Er steht für uns nicht zur Debatte und kann auch nicht adäquat durch Ethik-Unterricht ersetzt werden. Die Vermittlung von Werten wie Freiheit, Eigenverantwortung, Solidarität und Nächstenliebe auf der Basis des christlichen Glaubens muss an Schulen einen festen Platz haben.

Wir haben islamischen Religionsunterricht für die Schülerinnen und Schüler islamischen Glaubens in der Schule eingeführt und treten für den bedarfsgerechten und flächendeckenden Ausbau in hoher Qualität ein. Er wird aber in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern und unter Schulaufsicht des Landes erteilt. Für nicht konfessionell gebundene Schülerinnen und Schüler soll das Angebot „Ethik“ bestehen.

Gewalt hat keinen Platz in der Schule

Wir setzen uns gegen Gewalt auf Schulhöfen, in Klassenzimmern und im Internet ein. Dazu gehören wirkungsvolle Schulordnungsmaßnahmen, Schulsozialarbeit sowie das Gewaltpräventionsprogramm WIR. Auch eine saubere und gepflegte Schule mit einer angemessenen Ausstattung leistet dazu einen Beitrag. Land und Kommune müssen hier partnerschaftlich zusammenwirken ebenso wie bei den Themen Ganztags, Inklusion und Schulstandorte.

Ganzheitliche Bildung ist gefragt

Zu einer ganzheitlichen Bildung gehört ein umfassender Fächerkanon. Kulturelle und musische Bildung tragen zur Integration in die Gesellschaft und zur Bildung der Persönlichkeit bei. Aber auch politische Bildung, Alltagswissen, Sport und Bewegung sowie die Erziehung zum Umgang mit Natur und Umwelt gehören untrennbar dazu. Bildung soll nicht nur fachliche, sondern auch soziale und personale Kompetenzen vermitteln. Unser Ziel sind kundige und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger mit einer soliden Allgemeinbildung, mit Orientierung, Urteilskraft und Gemeinsinn. Besonderes Augenmerk werden wir darauf legen, den jungen Menschen ein Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge und die Idee der Sozialen Marktwirtschaft zu vermitteln. Wir werden die Lehrkräfte dafür entsprechend qualifizieren. Insbesondere für die Berufsorientierung ist die Kooperation zwischen Schule und der betrieblichen Praxis gefragt.

MINT-Fächer und Informatik stärken

Als Industriestandort und Hightech-Land brauchen wir Nachwuchs vor allem in den technischen Berufen. Nur so können wir die Chancen der Digitalisierung nutzen und im internationalen Wettbewerb bestehen. Dem Unterricht in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) kommt an allen Schulen daher eine große Bedeutung zu. Wir setzen auf eine Stärkung der MINT-Fächer und wir wollen sie auch für künftige Lehrkräfte attraktiver machen. Gerade für Mädchen und junge Frauen müssen wir die MINT-Fächer zu einem attraktiven Angebot entwickeln. Ebenso wollen wir, dass die notwendigen informationstechnischen Inhalte auch künftig im Bildungsplan stehen und in der Schule unterrichtet werden. Nur so können junge Menschen auf ein erfolgreiches Leben in Beruf und Gesellschaft vorbereitet werden. Initiativen zur Vernetzung der Schulen mit Hochschule und Wirtschaft werden von uns unterstützt.

Außerschulische Bildungsangebote

Die Träger der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit leisten einen wichtigen Beitrag zur Bildung und Erziehung junger Menschen. Vor allem bei der Persönlichkeitsbildung profitieren die jungen Menschen davon: In vielen Vereinen, Verbänden, Initiativen und Institutionen werden Werte wie Teamfähigkeit, Fairness und Sozialkompetenz vermittelt.

Die Zusammenarbeit zwischen schulischer und außerschulischer Jugendbildung findet vermehrt im Rahmen der Ganztagschule statt. Außerschulische Bildungsträger tragen zur pädagogischen Profilbildung der Ganztageschule bei. Nach Auffassung der CDU haben die außerschulischen Bildungsträger auch außerhalb der Ganztagschule ihren festen eigenen Platz und müssen die Möglichkeit haben, den Kindern und Jugendlichen attraktive Angebote zu machen.

Die Musik- und Kunstschulen gehören für uns unverzichtbar zu unserer vielfältigen Bildungslandschaft. Sie bieten über alle Altersgruppen hinweg vielseitige und hochwertige pädagogische Angebote und verdienen eine angemessene finanzielle Förderung durch das Land, damit diese für alle Familien bezahlbar bleiben.

Der Arbeit der Volkshochschulen sowie weiterer Weiterbildungsträger messen wir eine große Bedeutung zu. Wir wollen Baden-Württemberg zu einem Musterland der Weiterbildungschancen entwickeln.

Auszug aus dem Wahlprogramm der FDP für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 13.3.2016

Unser Ziel: Die beste Bildung der Welt

1.1 Baden-Württemberg braucht den Schulfrieden

Baden-Württemberg ist auf ein exzellentes Bildungswesen angewiesen: Unser Wohlstand, aber auch die Lebenschancen eines jeden Einzelnen hängen entscheidend von der Qualität unserer Bildung ab. Dieses Bildungssystem ist in den vergangenen Jahren durch die grün-rote Landesregierung in erhebliche Unruhe versetzt worden. Dabei setzen auch wir Freie Demokraten uns für notwendige Reformen im Bildungswesen ein; wir lehnen aber ein radikales Umkrempeln unseres bisher sehr erfolgreichen Bildungssystems ab. Die Gesellschaft braucht ein Bildungssystem, das in den Menschen die Freude, Bereitschaft und Befähigung fördert, Verantwortung für sich selbst und soziale Verantwortung zu übernehmen.

Um in Zukunft wieder erfolgreich arbeiten zu können, sind die Schulen in unserem Land, d. h. die Schüler, Eltern, Lehrer, Schulleitungen und Schulträger auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen, die über die Dauer von Legislaturperioden hinaus gelten. Aus diesem Grund streben wir Freie Demokraten einen Schulfrieden an mit dem Ziel, allen am Schulwesen Beteiligten mehr Planungssicherheit zu garantieren. Nach unseren Vorstellungen soll vor Ort in eigener Verantwortung über das jeweilige Bildungsangebot entschieden werden, und das Land stellt hierfür in ausreichendem Maße die Ressourcen zur Verfügung. Ein baden-württembergischer Schulfriede wäre eine wichtige Voraussetzung, damit unser Land wieder Trendsetter im deutschen Bildungsbereich würde und die Politik sich wieder mit den reformbedürftigeren Bildungsinhalten beschäftigen könnte.

Wir werden:

- uns für einen Schulfrieden in Baden-Württemberg einsetzen, der verlässliche Rahmenbedingungen schafft. Wir wollen, dass das Land bedarfsgerecht die Ressourcen bereitstellt und die Beteiligten vor Ort (Schulen und Schulträger) über die konkrete Ausgestaltung des Bildungsangebots selbst entscheiden können,
- dafür sorgen, dass flächendeckend Bildungsregionen eingerichtet werden und im Rahmen der regionalen Schulentwicklung über die Ausgestaltung des Angebots an weiterführenden Schulen entschieden wird,

- jede Bildungsregion mit einem nach der Zahl der Schüler bemessenen Budget an Lehrerwochenstunden ausstatten, über dessen Verteilung auf die verschiedenen Schularten die Bildungsregion entscheidet. Jede Schule soll bedarfsgerecht ausgestattet werden,
- die finanzielle Privilegierung der Gemeinschaftsschule beenden und stattdessen faire Wettbewerbsbedingungen für alle Schularten schaffen. Obwohl wir nicht glauben, dass sich die zahlreichen Hoffnungen erfüllen werden, die sich die Befürworter der Gemeinschaftsschule versprechen, wollen wir ihr im Rahmen der Bildungsregion Bestandsschutz geben,
- allen Schulen bzw. ihren Schulträgern und den Bildungsregionen die Freiheit geben, die jeweilige Schulform in eigener Verantwortung auszugestalten bzw. zu Verbundschulen zusammenzufassen. Sie können insbesondere bestehende Haupt-/Werkrealschulen und Realschulen fortführen oder Verbundschulen aus Haupt-/Werkrealschulen und Realschulen bilden, d. h. Haupt-/Werkrealschulbildungsgang und Realschulbildungsgang unter einem Dach führen,
- den Schulen ein eigenes Budget zuweisen. Sie dürfen über Personalangelegenheiten sowie ihr inhaltlich-pädagogisches Profil eigenständig entscheiden.

1.2 Kindertagesstätten und Grundschulen

Qualität durch Wahlfreiheit

Wir Freie Demokraten sehen die Hauptverantwortung für die Erziehung bei den Eltern, denn Bildung beginnt nicht mit dem ersten Schultag, sondern mit dem ersten Lebenstag. Von Anbeginn erkunden Kinder die Welt, eignen sie sich an und wachsen in sie hinein. Kinder sind besonders wissbegierig und lernfähig. Gleichzeitig prägen sie ihre Erfahrungen der ersten Jahre in entscheidender Weise. Die frühkindliche Bildung und Förderung spielt deshalb eine Schlüsselrolle für die gesamte Bildungsbiographie eines Menschen.

Aus diesem Grund tritt die FDP dafür ein, Einrichtungen der Kindertagesbetreuung vor allem auch als Bildungseinrichtungen zu begreifen. Unser wichtigstes Ziel ist es, eine hohe Qualität der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote sicherzustellen. Gleichzeitig betrachten wir Freie Demokraten es als unseren Auftrag, für eine möglichst große Wahlfreiheit der Eltern zu sorgen. Eine Betreuung durch Tageseltern ist als gleichwertig mit einer Betreuung in einer Kindertagesstätte anzuerkennen und auch entsprechend zu bezuschussen. Im Grundschulbereich sollen die Eltern die Wahl besitzen, ob sie ihr Kind für eine verpflichtend-rhythmisierte Ganztagsbetreuung, für offene Angebote am Nachmittag oder nur zu einem wesentlich am Vormittag stattfindenden Unterricht anmelden. Qualität und Wahlfreiheit sind für uns Freie Demokraten zwei Seiten derselben Medaille. Wahlfreiheit zieht einen Wettbewerb im besten Sinne nach sich und sichert somit die Qualität der Bildungs- und Betreuungsangebote.

Wir werden:

- mit kommunalen und freien Trägern ein Gutscheinmodell entwickeln. Die Eltern können die Gutscheine flexibel für ihre Kinder einsetzen und damit die Finanzierung von frühkindlicher Betreuung auf eine tragfähige Grundlage stellen,
- die Tageseltern an Investitionszuschüssen beteiligen, die bislang nur den Kindertagesstätten zugutekommen,
- dafür Sorge tragen, dass der Orientierungsplan für eine gute frühkindliche Bildung in den Kindergärten flächendeckend umgesetzt wird, die dafür notwendige Personalausstattung sichergestellt ist und der Plan für verbindlich erklärt wird,
- die im Rahmen der vorgezogenen Einschulungsuntersuchung bereits praktizierte Sprachstandserhebung mit den mittlerweile gewonnenen Erfahrungen weiterentwickeln. Ziel ist es, sie mit einer individuellen Bildungs- und Entwicklungsberatung zu verbinden, um nicht nur Defizite auszugleichen, sondern auch Begabungen und Neigungen zu fördern,

- zusätzlich zur verpflichtend rhythmisierten Ganztagesesschule auch die offene Ganztagesesschule als Schulform ins Schulgesetz aufnehmen. Durch offene Nachmittagsangebote entsteht für die Eltern ein echtes Wahlrecht zwischen einem Schulbesuch nur am Vormittag oder unter Einbeziehung des Nachmittags,
- die im Wesentlichen nur noch für Grundschulen geltenden Schulbezirke abschaffen und den Eltern die freie Wahl der Grundschule überlassen.

1.3 Differenzierung schafft Qualität

Bildungsplanung und Lehrerbildung

Der Bildungsplan ist der zentrale Referenzrahmen für die Inhalte, die in einer Schule unterrichtet werden. Er legt wesentliche Grundlagen für die Bildung und Persönlichkeitsentwicklung unserer Kinder. Wir Freie Demokraten wollen, dass jedem jungen Menschen in Baden-Württemberg die bestmögliche Bildung und Förderung zuteilwird. Denn wir sind überzeugt davon, dass eine fundierte Bildung und Ausbildung die entscheidende Basis für eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung in einer freien Gesellschaft darstellt. Deshalb sollte ein Bildungsplan aus Sicht der FDP vor allem das Ziel verfolgen, jeden jungen Menschen zu Mündigkeit, kritischem Denken und eigenverantwortlichem Handeln zu befähigen. Eine ideologische Vereinnahmung des Bildungsplans lehnen wir entschieden ab.

Die für den Bildungsplan genannten Ziele gelten für uns in gleicher Weise für die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Denn mit der Persönlichkeit, dem Fachwissen und dem pädagogischen Geschick einer Lehrerin oder eines Lehrers steht und fällt die Qualität des Unterrichts. Wir treten deshalb für die Sicherung hoher Qualitätsstandards durch eine fundierte fachwissenschaftliche, pädagogisch-didaktische und berufspraktische Lehrerausbildung ein.

Wir werden:

- uns dafür einsetzen, dass der zurzeit erarbeitete Bildungsplan der einzelnen Schule mindestens so viel Gestaltungsfreiheit lässt wie die aktuell gültigen Bildungspläne. Die FDP hält einen eigenen Bildungsplan für jede Schulart beziehungsweise für jeden Bildungsgang für notwendig,
- auf die für den Bildungsplan geplanten „Leitperspektiven“ verzichten, da sie systematisch nicht nachzuvollziehen sowie der Transparenz und der Benutzerfreundlichkeit von Bildungsplänen abträglich sind,
- Fächerverbände konsequent überprüfen und, wenn kein Mehrwert erkennbar ist, auflösen. Eine geplante Zusammenlegung des Fachs Biologie mit anderen Naturwissenschaften am Gymnasium lehnen wir daher ab; notwendig ist ein eigenständiges Curriculum für Informatik und Informationstechnologie,
- Ethik in allen Schulen bereits ab Klasse eins anbieten und islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache als Regelangebot neben den bestehenden Angeboten an allen Schularten zügig weiter ausbauen,
- die Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen verstärken und beim neuen Fach „Wirtschaft und Berufsorientierung“ eine praxisnahe Ausgestaltung erreichen,
- die Verantwortung für ein Lehramtsstudium bei den Hochschulen und die Referendarsausbildung inkl. der Entscheidung über die berufliche Eignung den Praktikern in Seminaren und Ausbildungsschulen überlassen. Wenn von den Verantwortlichen gewünscht, scheuen wir auch nicht eine Wiedereinführung eines zweijährigen Referendariats.

1.4 Für Leistungsorientierung auf hohem fachlichen Niveau

Das Gymnasium als Institution für Kultur und Wissenschaft erhalten

Das Gymnasium führt junge Menschen erfolgreich zur Hochschulreife und zeichnet sich durch Leistungsorientierung und ein hohes fachliches Niveau aus. Es verbindet die Vorbereitung für ein

Studium und eine qualifizierte berufliche Tätigkeit mit einem humanistischen und naturwissenschaftlichen Bildungsanspruch.

Um unseren Wohlstand auch in Zukunft zu sichern, brauchen wir ein starkes Gymnasium. Maßnahmen wie eine Absenkung des Abiturniveaus, fachliche Nivellierungen beispielsweise durch einen Einheitsbildungsplan oder ein „Abschulungsverbot“ schwächen dagegen das Gymnasium.

Die FDP ist entschlossen, das Gymnasium gegen offene wie versteckte Schwächungsversuche zu verteidigen und für seinen Bestand zu kämpfen. Wir Freie Demokraten stehen zum achtjährigen Gymnasium, das bei effizienter Organisation einen zügigen Erwerb des Abiturs ermöglicht. Nachdem die grün-rote Landesregierung aber an 44 Standorten eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium zugelassen hat, wollen wir aus Gerechtigkeitsgründen allen Gymnasien die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 bei gleicher Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln ermöglichen.

Wir werden:

- das Gymnasium in seinem Bestand erhalten und stärken. Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Schularten wie beispielsweise einen Einheitsbildungsplan, ein sogenanntes „Abschulungsverbot“ oder eine Niveauabsenkung der gymnasialen Oberstufe beziehungsweise des Abiturs lehnen wir entschieden ab beziehungsweise wollen sie rückgängig machen,
- in der gymnasialen Kursstufe wieder mehr Möglichkeiten individueller Schwerpunktsetzung zulassen. Wir fordern deshalb eine Wiedereinführung von Grund- und Leistungskursen,
- den mit zusätzlichen Personalmitteln ausgestatteten und erhebliche Gerechtigkeitsprobleme aufwerfenden „Schulversuch G9“ auslaufen lassen. Stattdessen wollen wir allen Gymnasien die Freiheit lassen, die zugewiesenen Lehrerwochenstunden auf acht oder neun Jahre zu verteilen, und sie hinsichtlich der Ausstattung mit Personalmitteln gleichstellen,
- für Schülerinnen und Schüler, die an Realschulen, Werkrealschulen und Gemeinschaftsschulen den Mittleren Bildungsabschluss erworben haben und aufgrund des Notendurchschnitts über die Voraussetzungen verfügen, ausreichend Plätze an den beruflichen Gymnasien zur Verfügung stellen. Die beruflichen Gymnasien bieten mit ihrer dreijährigen Oberstufe einen auf die sechsjährigen Bildungsgänge abgestimmten Anschluss an und bilden somit die reguläre neunjährige Alternative zum achtjährigen Gymnasium,
- den Gymnasien das Recht geben, sich über die Grundschulempfehlung ihrer Schüler zu informieren.

1.5 Unsere Garanten des Bildungsaufstiegs erhalten

Die Realschulen eröffnen Lebens- und Berufsperspektiven

Die zielstrebige und leistungsfördernde Pädagogik sowie das anspruchsvolle Niveau ihres Unterrichts begründen den beeindruckenden Erfolg der Realschule. Die Wirtschaftsbetriebe in Baden-Württemberg schließen gerne einen Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag mit Realschulabsolventen ab, denn der Realschulabschluss bürgt für Qualität. Auf diese Weise eröffnet die Realschule zahlreichen jungen Menschen echte Lebens- und Berufsperspektiven. Die Realschule ist zugleich die Schule des Bildungsaufstiegs. Ihr ist es zu verdanken, dass der Grundsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss!“ gelebte Wirklichkeit im baden-württembergischen Schulwesen ist. Die Realschule hat einen entscheidenden Anteil daran, dass rund die Hälfte der Hochschulzugangsberechtigungen in Baden-Württemberg über die Beruflichen Schulen erworben werden.

Durch die überstürzte Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung wurden die Realschulen vor enorme Herausforderungen gestellt. Schon allein deshalb benötigen die Realschulen eine bessere Ausstattung. In einem zweisäuligen Schulsystem, das nur noch Gemeinschaftsschule und Gymnasium kennt, wäre die Zukunft der Realschule bedroht. Wir Freie Demokraten lehnen nicht nur die Zwei-Säulen-Strukturvorgabe entschieden ab, sondern kämpfen auch dafür, dass die

Realschulen bestehen bleiben und ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen können, ohne zur Übernahme der Pädagogik der Gemeinschaftsschule gezwungen zu sein.

Wir werden:

- den Realschulen die Möglichkeit geben, zusätzlich zum Realschulabschluss auch den Hauptschulabschluss anzubieten;
- zu diesem Zweck die Realschulen mit Personal- und Sachmitteln so ausstatten, dass sie sowohl auf den Realschulabschluss als auch auf den Hauptschulabschluss fundiert vorbereiten können;
- den Realschulen die Freiheit geben, selbst zu entscheiden, ob sie mit innerer oder äußerer Differenzierung auf den Hauptschulabschluss beziehungsweise die Mittlere Reife vorbereiten. Wenn die Realschulen Kurse auf unterschiedlichen Niveaus bilden wollen, soll dies selbstverständlich möglich sein. Einen Zwang zur Übernahme der Gemeinschaftsschulpädagogik wie beispielsweise eine Abschaffung von Noten und Sitzenbleiben oder ein Verbot von Kursen auf unterschiedlichen Niveaus darf es nicht geben,
- den Realschulen das Recht geben, sich über die Grundschulempfehlung ihrer Schüler zu informieren,
- die aufgrund der abgeschafften verbindlichen Grundschulempfehlung veränderte Situation an den weiterführenden Schulen beobachten und evaluieren. Wenn trotz vielfältiger Anstrengungen die Sitzenbleiberquote nicht sinkt, würde die FDP die Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung mit Öffnungsklausel nicht scheuen.

1.6 Differenzierung und Leistungsorientierung sichern Gerechtigkeit und Wohlstand

Haupt-/Werkrealschulen in ihrem berufspraktischen Profil stärken

Menschen verfügen über unterschiedliche Interessen, Begabungen und Motivationen. Dementsprechend setzen sich Freie Demokraten auch für den Erhalt eines leistungsorientierten, differenzierten Schulwesens ein. Eine Einheitsschule lehnen wir entschieden ab. Wer das Leistungsprinzip aus der Schule verbannt, bereitet unsere Kinder mangelhaft auf das spätere Leben vor und leistet der Bildungsgerechtigkeit einen Bärendienst. Gerade die Haupt- beziehungsweise Werkrealschulen haben im Sinne der Differenzierung über Jahrzehnte hinweg zahlreichen Schülerinnen und Schülern eine fundierte Schulbildung zukommen lassen, sie erfolgreich zu einem Abschluss geführt und ihnen insbesondere mit einer berufspraktischen Ausrichtung des Unterrichts echte Lebensperspektiven eröffnet. Die Haupt-/Werkrealschulen haben intensiv und mit beeindruckendem Erfolg die Herausforderung einer zunehmend heterogen zusammengesetzten Schülerschaft angenommen und gemeistert. Die überstürzte und unvorbereitete Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung hat nicht nur die Not der Kommunen hinsichtlich der Existenz ihres Haupt-/Werkrealschulstandorts erheblich verschärft, sondern dürfte auch für den starken Anstieg der Sitzenbleiberquoten an Gymnasien und Realschulen verantwortlich sein. In der Folge wird ein großer Aufwand nötig, um die Defizite nachträglich zu beheben, wie auch die OECD kritisch anmerkt. Wir Freie Demokraten wollen diese falsche Weichenstellung korrigieren und mit der Förderung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt ansetzen, um Defiziten wirksam vorzubeugen.

Wir werden:

- mit dem Ziel einer Senkung der Sitzenbleiberquote den Grundschulen mehr Personalmittel für die Elternberatung und den weiterführenden Schulen mehr Mittel für Stützkurse zuweisen; letztere sollten das Recht erhalten, über die Grundschulempfehlung informiert zu werden. Wenn diese Maßnahmen nicht greifen, werden wir als letztes Mittel wieder eine verbindliche Grundschulempfehlung einführen. Im Gegensatz zum früheren Verfahren sollte eine zukünftige Verbindlichkeit aber in erster Linie das Recht eines Schülers sichern, eine Schule der empfohlenen Schulart(en) zu besuchen. Zusätzlich sollte der betreffende Schüler das Recht erhalten, sich auch an einer Schule zu bewerben, für

die er keine Empfehlung bekommen hat. Wenn diese Schule glaubt, ihn erfolgreich zum angestrebten Abschluss führen zu können, kann sie den Schüler entgegen seiner Grundschulempfehlung aufnehmen.

- die Werkrealschulen in der Klasse 10 mit den beruflichen Schulen kooperieren lassen und auf diese Weise das berufspraktische Profil der Werkrealschulen und des Werkrealschulabschlusses stärken.
- die Bildung von Verbundschulen, insbesondere von Haupt-/Werkreal- und Realschulen erleichtern und Hemmnisse abbauen. Wenn Schulen zu Verbundschulen zusammengelegt werden, sollte anders als bisher nicht jede Schule gesondert die Mindestschülerzahl in der Eingangsklasse erreichen müssen, sondern können die Schülerzahlen in den Eingangsklassen beider Schulen für das Erreichen der Mindestschülerzahl addieren,
- die Privilegierung der Gemeinschaftsschulen beenden und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit eröffnen, nach dem Vorbild der Gesamtschulen Lerngruppen auf unterschiedlichen Leistungsniveaus zu bilden oder ein Modell mit Haupt-/Werkrealschul- und Realschulzug zu wählen.

1.7 Für Sonderschulen und für Inklusion

Zwei gute Wege zum Ziel

Das Inklusionsgebot der UN-Behindertenrechtskonvention birgt für uns eine echte Chance: Die Chance, mehr Möglichkeiten für Eltern von jungen Menschen mit Behinderungen hinsichtlich der Schulwahl zu schaffen. Im Mittelpunkt der Bemühungen muss das Wohl jedes einzelnen Kindes stehen. Denn für die FDP hat jeder junge Mensch das Recht auf bestmögliche Bildung und Förderung.

Mit Blick auf das baden-württembergische Schulwesen stehen wir daher vor einer doppelten Aufgabenstellung: Einerseits gilt es, Inklusionsangebote an allgemeinen Schulen einzurichten. Andererseits wollen wir die Sonder- und Förderschulen nicht ins Hintertreffen geraten lassen, denn sie haben sich mit ihren Spezialisierungen eine unverzichtbare Expertise bei der Förderung von jungen Menschen mit Behinderungen erarbeitet. Nur wenn sowohl Inklusionsangebote geschaffen werden, als auch die Sonderschulen erhalten bleiben, entstehen zusätzliche Bildungsangebote und somit mehr Wahlmöglichkeiten für junge Menschen mit Behinderungen. Darüber hinaus legen wir Freie Demokraten größten Wert darauf, dass die Qualität der Bildung und Förderung von Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen auf einem hohen Niveau bleibt. Um dieses hohe Niveau sicherzustellen, bedarf es aus Sicht der FDP nicht nur einer sonderpädagogischen Fundierung, sondern auch einer funktionierenden Koordinierung der Bildungs- und Förderangebote vor Ort.

Wir werden:

- für jedes Kind mit Behinderung oder chronischer Erkrankung eine Bildungswegekonferenz vorsehen, welche die Eltern bei der Entscheidung für eine Sonderschule oder für ein inklusives Angebot sachkundig berät. Letztlich soll das Kindeswohl ausschlaggebend dafür sein, unter welchen von der Schulverwaltung vorgeschlagenen Alternativen für eine Beschulung des betreffenden Kindes dessen Eltern wählen können,
- dafür sorgen, dass für Schülerinnen und Schüler mit Handicaps im Rahmen der regionalen Schulentwicklung ein stimmiges Gesamtkonzept mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten geschaffen wird,
- die Sonder- und Förderschulen als Angebotsschulen in bisheriger Qualität erhalten sowie diese als sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren stärken, indem sie inklusive Bildungsangebote organisieren, koordinieren und begleiten,
- die jedem Schüler und jeder Schülerin mit besonderem Förderbedarf zustehenden Unterstützungsleistungen von Seiten des Landes und der Kommunen als Träger der Eingliederungshilfe in einem Budget zusammenfassen, um die Finanzierung der sonderpädagogischen und inklusiven Angebote entsprechend der Nachfrage

sicherzustellen. Das Prinzip ‚Ressource folgt Schüler‘ ist unseres Erachtens am besten geeignet, um Qualität und gleichzeitig mehr Wahlmöglichkeiten zu schaffen,

- inklusive Bildung verstärkt in die allgemeine Lehrerbildung aller Schularten aufnehmen. Der eigenständige Studiengang Lehramt Sonderpädagogik bleibt erhalten.

1.8 Berufliche Bildung

Mit Leidenschaft für ein Erfolgsmodell

Unser Berufsbildungssystem zeichnet sich durch eine große Vielfalt an Schularten und fachlichen Profilen, eine berufspraktische Ausrichtung sowie eine leistungsorientierte, differenzierte und am gesellschaftlichen Wandel orientierte Pädagogik aus. Auf diese Weise werden zahlreiche junge Menschen mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen erfolgreich zu einem Abschluss geführt und ihre Ausbildungs-, Hochschul- oder Beschäftigungsfähigkeit gesichert. Herzstück des Berufsbildungssystems ist die gemeinsam von Betrieben und Berufsschulen verantwortete duale Ausbildung, die ein weltweit beachtetes Erfolgsmodell ist.

Die Beruflichen Schulen sind erfolgreiche Ausbildungseinrichtungen für qualifizierte Fachkräfte und sorgen auch dafür, dass der Grundsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss“ hier gelebte Wirklichkeit ist. So wird in Baden-Württemberg rund die Hälfte der Hochschul-zugangsberechtigungen über die beruflichen Schulen erlangt. Wir wollen unser Berufsbildungssystem stärken und werden es gegen Austrocknungsbestrebungen in Form von Einheitsschulmodellen mit Leidenschaft verteidigen. Angesichts sinkender Schülerzahlen ist die Sicherung verlässlicher Strukturen und Bildungsangeboten in hoher Qualität in der Fläche unseres Landes wichtig. Dies gilt besonders für den beruflichen Bereich. Unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft sind auf qualifizierten Nachwuchs nicht nur aus dem akademischen, sondern ebenso aus dem berufsbildenden Bereich angewiesen.

Wir werden:

- das ausdifferenzierte Angebot an beruflichen Schulen erhalten. Auch bei den beruflichen Schulen sollen vor Ort die Schulträger zusammen mit den Unternehmen über die konkrete Ausgestaltung entscheiden,
- uns dafür einsetzen, dass sich die Ausstattung der dualen Fachklassen an den Durchschnittsgrößen von 2014 orientiert. Dadurch entsteht Spielraum für innovative Angebote wie z.B. die integrierte Gesellen- und Meisterausbildung oder Zusatzqualifikationen wie „MetallPlus“. So ist auch bei sinkenden Schülerzahlen ein wohnortnahes Angebot an Berufsschulplätzen möglich,
- uns dafür einsetzen, dass die Unterbringung der Auszubildenden in Bezirks-, Landes- und Bundesfachklassen vom Land bedarfsgerecht unterstützt wird. An die Stelle der unzureichenden Zuschüsse des Landes soll eine Finanzierung je zu einem Drittel durch Land, Ausbildungsbetrieb und Auszubildenden treten,
- an allen allgemeinbildenden Schulen für eine fundierte Berufsorientierung durch Praktika in Betrieben und einen an der beruflichen Praxis orientierten Wirtschaftsunterricht sorgen, ergänzt durch Informationen aus den beruflichen Schulen über die Chancen dualer Ausbildungen sowie beruflich orientierter Abschlüsse,
- die Berufsfachschulen über die Aufnahme der Schüler in eigener pädagogischer Verantwortung entscheiden lassen.

1.9 Schulen in freier Trägerschaft

Privatschulen in sozialer Verantwortung ermöglichen

Für die FDP sind Schulen in freier Trägerschaft unverzichtbare Bestandteile unseres vielfältigen Bildungswesens. Wir Freie Demokraten sehen in den freien Schulen sowohl Vertreter bewährter pädagogischer Traditionen als auch Pioniere der Schulentwicklung, die mit ihrer Innovationsfreude und mit ihrer Orientierung an den Bedürfnissen von Schülern und ihren Eltern das Schulangebot in entscheidender Weise verbreitern. Somit wirken sie als „Stachel im Fleisch“ der Qualitätsentwicklung des Bildungswesens insgesamt.

Wir werden deshalb alles tun, um den freien Schulen eine faire Chance im erwünschten Wettbewerb mit den staatlichen Schulen zu sichern. Wir Freie Demokraten wollen Privatschulen, die sich auch ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind. Dies bedeutet für uns, dass der Staat diese Schulen bei der finanziellen Förderung hierzu auch in die entsprechende Lage versetzen muss. In diesen Zusammenhang gehört für uns, dass Verhandlungen zwischen Land und den Schulen in freier Trägerschaft auf Augenhöhe partnerschaftlich stattfinden. Außerdem legen wir Wert darauf, dass zwischen staatlichen und freien Schulen stets ein offener Austausch möglich ist – vor allem hinsichtlich des Lehrpersonals, der Schulorganisation, der Unterrichtsinhalte und der Pädagogik. Die FDP weiß um die hohe Kompetenz vieler Schulen in freier Trägerschaft beim Thema Inklusion. Diese Kompetenz schätzen wir sehr und wollen sie entsprechend finanziell fördern. Gleiches gilt für die Ganztagsbetreuung, die an zahlreichen freien Schulen bereits seit vielen Jahren fester Bestandteil des Schulangebots ist.

Wir werden:

- die staatlichen Zuschüsse an die Schulen in freier Trägerschaft so weit erhöhen, dass sie tatsächlich 80 Prozent der Kosten eines Schülers im staatlichen Schulwesen erreichen,
- das Modell zur Berechnung dieser Kosten im Interesse eines fairen Wettbewerbs um die Kosten der Ganztagesbetreuung, der Inklusion, der Schulsozialarbeit und weiterer tatsächlich anfallender Kosten ergänzen. Die maßgebliche Kostenberechnung soll jeweils rechtzeitig vor der Beschlussfassung über den Landeshaushalt vorgelegt werden,
- für Lehrerinnen und Lehrer an Schulen in freier Trägerschaft, die ein fachwissenschaftliches Studium, aber keine Lehramtsausbildung absolviert haben, Möglichkeiten der berufsbegleitenden Nachqualifizierung eröffnen. Auch die Fortbildungsangebote von staatlicher Seite müssen den freien Schulen gleichermaßen offen stehen. Lehrkräften, die sich für eine Tätigkeit in freier Trägerschaft entschließen, dürfen keine aus ihrer Entscheidung resultierenden Nachteile erwachsen. Bürokratische Hürden, die einen Wechsel zwischen dem staatlichen und dem freien Schulwesen erschweren oder gar verhindern, wollen wir beseitigen,
- die Gründung von Schulen in freier Trägerschaft erleichtern, indem die Wartezeit von drei Jahren bis zur Anerkennung beibehalten wird, die Schulen jedoch von der Aufnahme ihrer Tätigkeit an eine staatliche Förderung erhalten.

Auszug aus dem Wahlprogramm der AfD für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 13.3.2016

Für ein differenziertes, leistungsorientiertes Bildungssystem

Bildung ist mehr als Ausbildung. Sie ist zweckfreie Menschenbildung. Wir brauchen eine Bildungspolitik, die sich wieder mehr auf dieses Ideal der deutschen Geistesgeschichte besinnt. Bildung umfasst den Gebrauch der Muttersprache, fundiertes historisches Wissen, handwerkliche Fähigkeiten und Verständnis der Künste, um politische und moralische Entscheidungen fällen zu können. Der wahrhaft Gebildete handelt selbstbeherrscht und kann sich in andere Menschen und Kulturen hineinversetzen. Eine Reduktion von Bildung auf den Modebegriff lehnt die AfD ab.

Baden-Württembergs wichtigstes Gut ist unser kulturelles, wissenschaftliches und technisches Wissen. Es kommenden Generationen verfügbar zu machen, ist nicht zuletzt auch ein Gebot ökonomischer Vernunft. Das Fundament für Bildung als individuelle Entfaltung der Persönlichkeit und Voraussetzung für die Teilhabe an der Gesellschaft wird durch die Erziehung in der Familie gelegt. Zu einer wirklichkeitsgerechten Bildungspolitik gehört daher auch die Stärkung dieser natürlichen Funktion der Familie, auch und gerade dort, wo sie schwach ausgeprägt ist.

Die AfD beobachtet mit Sorge eine Erosion des Leistungsprinzips, die zum Verlust der Ausbildungs- und Studierfähigkeit junger Menschen führt. Durch die Bildungsreformen der letzten Jahre ist es zu einer Unsicherheit über die Ziele der Schulbildung bei Eltern, Lehrern und Schülerschaft gekommen.

Um Bildung zukunftsfähig zu gestalten, ist es unumgänglich, den anhaltenden Verfall unseres Bildungssystems zu stoppen.

Die AfD fordert

- ein leistungsorientiertes und differenziertes Schulsystem mit klaren Profilen und mit klaren Lernzielen
- Beendigung des Experimentes „Neue Lernkultur“
- Wissensvermittlung und Leistungsorientierung ohne Gesinnungsindoktrination
- klassengeführten Unterricht
- eine ideologiefreie Pädagogik
- einer Wiederherstellung der akademischen Freiheit an den Universitäten, die diese durch die Bologna-Reform eingebüßt haben.

Bildung als zweckfreie Menschenbildung verstehen

Wir fordern eine Bildungspolitik, die sich am Bildungsideal der deutschen Geistesgeschichte orientiert. Eine Reduktion von Bildung auf den Modebegriff „Kompetenz“ mit der Zielsetzung einer rein wirtschaftlichen Verwertbarkeit („Employability“) lehnen wir ab.

Jeder Mensch soll entsprechend seiner Begabung und Neigung sein volles Potential ausschöpfen können. Bildung ist zweckfreie Menschenbildung, über die sich das selbst bestimmende Individuum die Welt aneignet und sich zur Persönlichkeit entwickelt. Unser kulturelles, wissenschaftliches und technisches Wissen muss als Deutschlands wichtigstes Gut für die Zukunft verstanden und kommenden Generationen verfügbar gemacht werden.

Frühkindliche Pädagogik als Gewährleistung einer altersgerechten verlässlichen Umgebung auf emotionaler Vertrauensbasis

Wir fordern die Wahlfreiheit für Eltern, die ihr Kind zu Hause erziehen möchten, gleichzeitig aber auch die Aufwertung des pädagogischen Fachpersonals im frühpädagogischen Bereich und einen niedrigen Betreuungsschlüssel.

Kindergärten sind Orte des spielerischen Lernens. Kinder lernen in einer funktionierenden Beziehungswelt. Nur wenn sie sich emotional gesichert fühlen, können sie sich unbeschwert entfalten und mit allen Sinnen ihre Umwelt erschließen. Eine Überfrachtung mit künstlichen frühkindlichen Lernprogrammen lehnen wir ab.

Keine ideologische Indoktrination durch grün-roten Bildungsplan

Wir fordern eine sofortige Zurücknahme des grün-roten Bildungsplanes. Schule ist ein Lern- und Leistungsort. Die ideologische Indoktrination des grün-roten Bildungsplanes ist sofort zu beenden.

Wir sind gegen den Ansatz des grün-roten Bildungsplanes, bei dem ideologische Indoktrination einen höheren Stellenwert gewinnt als Leistung und Lernen. Moralische Qualitäten können sich nur durch eine gesunde Entwicklung der Persönlichkeit und durch Vorbilder entfalten. Sexualkundeunterricht sollte altersgerecht erfolgen, der Frühsexualisierung ist gegenzusteuern.

Kinder nicht in die Ganztagschule zwingen

Wir fordern neben den Ganztagschulen auch weiterhin Halbtagschulen und Schulen mit wenig Nachmittagsunterricht für alle Kinder in erreichbarer Entfernung.

Am Nachmittag findet wichtige Förderung statt wie zum Beispiel Musikunterricht oder

Aktivitäten in den Sportvereinen. Die freiwillige Aktivität, sei es im Spielen der Kinder in der Natur, im freiwilligen Lernen oder im Leistungssport der Jugendlichen ist wichtig für die gesunde Entwicklung. Sie kann durch Schule nicht ersetzt werden.

Lehrmittelfreiheit herstellen und Elternbeiträge zur Schülerbeförderung abschaffen

Wir fordern vollumfängliche Lehrmittelfreiheit und die elternanteilfreie Schülerbeförderung.

Es ist ein Gebot der Bildungschancengleichheit, jedem Kind die Schülerbeförderung und den Zugang zu Lehrmitteln zu ermöglichen. Das Land hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden den durch Schulgeld und Lehrmittelfreiheit entstehenden Ausfall und Mehraufwand zu ersetzen.

Unser bewährtes leistungsorientiertes und gegliedertes Schulsystem erhalten

Die AfD steht für den Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems und ein hohes Maß an Bildungsdurchlässigkeit. Die Schüler werden in allen Schultypen unter besonderer Berücksichtigung der Persönlichkeitsentwicklung individuell gefördert und gefordert.

Wir können selbstbewusst auf eine einzigartige Bildungstradition in Deutschland verweisen und müssen Bildungsmoden nicht hinterherlaufen. Stattdessen müssen wir uns wieder auf unsere Grundsätze besinnen, die uns zu einer führenden Wissenschaftsnation gemacht haben.

Die staatliche Bevorzugung der Gemeinschaftsschule beenden

Wir fordern eine sofortige Beendigung der finanziellen Bevorzugung der Gemeinschaftsschule gegenüber Realschule und Gymnasien.

Wir sind gegen den ideologischen Ansatz der Gleichmacherei, wie er in der Gemeinschaftsschule Programm geworden ist. Es wird weder Neugründungen geben noch zwangsweise Umstellung von Realschulen zu Gemeinschaftsschulen. Es ist sicherzustellen, dass die herkömmlichen Schulformen, insbesondere Realschule und Gymnasium auch in ländlichen Gebieten in erreichbarer Entfernung vorhanden sind.

Das leistungsorientierte Gymnasium bewahren

Wir stehen für einen hohen Anspruch an unsere gymnasiale Bildung. Allen Tendenzen zur Abschaffung des Gymnasiums stellen wir uns entgegen. Neben G8 muss auch G9 weiterhin angeboten werden.

Ein stärkerer Fokus auf mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer im Gymnasium ist wichtig, um die Studierfähigkeit und die Standards in diesen Fachbereichen sicherzustellen sowie den Anteil der Studenten dieser Fachrichtungen zu erhöhen. Der deutschen und europäischen Geistesgeschichte, insbesondere der Literatur, der Geschichte, der Philosophie, der bildenden Künste und der Musik ist ebenfalls ein wichtiger Platz in der gymnasialen Bildung einzuräumen.

Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung

Die verbindliche Grundschulempfehlung ist wieder einzuführen. Dies bedeutet keine Festlegung der Schüler auf einen weiteren Lebensweg. Der Übergang von einer Schulform zur anderen ist bei entsprechender Leistung möglich.

Die Gymnasien haben zunehmend mit einer inhomogenen Schülerschaft zu tun. Das Resultat ist entweder das Sitzenbleiben vieler Schüler oder Druck der Schulbehörden auf die Lehrer auf Absenkung des Schulniveaus. Dies werden wir nicht zulassen. Der Übergang von einer Schulform zur anderen ist bei Nachweis entsprechender Leistungen durch Noten oder durch Aufnahmeprüfung jederzeit möglich.

Die Realschule als bewährten Schultyp erhalten und ausbauen

Wir fordern eine Stärkung der Realschulen, damit die vorhandenen Ausbildungsplätze mit ausreichend Bewerbern besetzt werden können. Die berufliche Bildung ist statt des Akademisierungswahns durch gute duale Ausbildung zu fördern.

Der Realschule als Schultyp der Sekundarstufe I kommt eine wichtige Schlüsselfunktion zu: Sie ist allgemeinbildend und leistungsorientiert. Sie ist der Mittler zwischen dualer und akademischer Ausbildung. Sie hält die Chance auf den Besuch eines Gymnasiums offen und ermöglicht Absolventen mit einer qualifizierten Mittleren Reife den Besuch eines beruflichen Gymnasiums ohne weitere Prüfung.

Berufspraktisches Profil der Werkrealschulen fördern

Werkrealschulen bereiten gezielt auf eine Ausbildung im Rahmen des dualen Ausbildungssystems vor und enthalten ein hohes fach- und berufspraktisches Unterrichtsangebot.

Werkrealschüler werden sehr gerne in mittelständischen Betrieben ausgebildet. Im Handwerk sind in besonderem Maße praktisches Wissen und praktische Erfahrungen gefragt. Auf die Erlangung dieser Fähigkeiten muss gezielt hingearbeitet werden. Abschlussgefährdete Schüler werden in speziellen Projekten mit noch höheren Praxisanteilen zur Berufsschulreife geführt. Möglichst jeder Schüler soll mit einem qualifizierten Abschluss seine Schullaufbahn abschließen.

Sonderschulen und das Studienprofil „Sonderschullehrer“ erhalten

Wir fordern den Erhalt der spezialisierten Sonderschulen. Für viele Behinderungen braucht es gesondert ausgebildete Lehrkräfte. Zudem kann in Spezialschulen auf besondere Schwierigkeiten im Elternhaus reagiert werden.

Der Umgang mit behinderten Jugendlichen braucht besondere Ausbildung und eine besondere Eignung der Lehrkräfte. Lehrer mit der Qualifikation Sonderpädagogik sind hochqualifizierte Lehrkräfte. Diese Qualifikation ist nicht in einem Schnellkurs nebenbei zu erwerben. Der Umgang mit behinderten Menschen ist für einige Menschen Berufung, für andere Überforderung. Diese verantwortungsvolle Aufgabe gehört in die Hände von gut ausgebildetem Fachpersonal.

Inklusion nicht zu Lasten lernwilliger und begabter Kinder erzwingen und Überforderung der Lehrkräfte vermeiden

Die Inklusion darf nicht das Lernen der Mitschüler beeinträchtigen, denn auch diese haben ein Recht auf optimale Förderung.

Bei schwerer körperlicher oder geistiger Behinderung kann die Inklusion leicht zur Überforderung der Mitschüler und Lehrkräfte sowie der betroffenen Schüler selbst führen. Es ist Aufgabe des Lehrers, einen guten Unterricht für begabte Schüler zu bieten und hier eine hohe Fachkompetenz zu zeigen. Eine Überfrachtung mit fachfremden Kompetenzen ist nicht zu verlangen. Es ist von Vorteil für alle Betroffenen, wenn schwer lernbehinderte Kinder in Sonderschulen unterrichtet werden.

Die deutsche Sprache fördern

Die korrekte Beherrschung der deutschen Sprache muss ein Unterrichtsziel an allen Schulen sein. Für Schüler mit Migrationshintergrund fordern wir in den ersten Jahren Förderunterricht

Einige Schüler lernen die deutsche Sprache nur unvollkommen. Hiergegen müssen geeignete Maßnahmen getroffen werden. Alle in Deutschland geborenen Kinder sollten die deutsche Sprache perfekt beherrschen. Im Deutschunterricht müssen den Schülern umfassende Kenntnisse der deutschen Literatur, insbesondere der Klassiker, vermittelt werden. Auch das Interesse für deutsche Gegenwartsliteratur ist zu fördern.

Die Autorität der Lehrer stärken

Lehrer müssen wieder in die Lage versetzt werden, durch effiziente pädagogische Maßnahmen den Unterricht zum Wohle der lernwilligen Schüler zu gestalten.

Sowohl während des Unterrichtes als auch gegenüber Schulverweigerern ist Unterrichtsdisziplin einzufordern und konsequent durchzusetzen. Die Direktoren und Lehrer aller Schularten erhalten

Rückendeckung der Schulbehörden, um überall die geforderte Disziplin durchzusetzen und die Konzentration auf Lernen und Lehren zu unterstützen.

Bewährte Ausbildungswege bewahren und ausbauen

Das duale Ausbildungssystem mit Gesellen- und Meisterbrief, der inzwischen auch das Hochschulstudium ermöglicht, ist ein wichtiger Erfolgsfaktor Baden-Württembergs. Dieses System ist weiter zu stärken und auszubauen. Jugendliche, die eher praktische Fähigkeiten besitzen, sollten bereits ab dem 15. Lebensjahr eine Lehre beginnen können. Der Diplomabschluss an Hochschulen sollte wieder eingeführt werden. Allgemeinbildende Schulen müssen durch Grundwissensvermittlung in Naturwissenschaften, Wirtschafts- und IT-Themen bessere Grundlagen für Studiengänge schaffen.

Betriebe benötigen leistungs- und teamfähige Mitarbeiter, denen das Land Baden-Württemberg ein lebenswertes Umfeld bereitstellt. Die Politik muss gemeinsam mit der Wirtschaft Rahmenbedingungen schaffen, die die Minimierung von Arbeitslosigkeit zum Ziel haben. Jeder Bürger sollte die Möglichkeit einer eigenen Erwerbstätigkeit im Rahmen seiner Fähigkeiten erhalten, damit er eigenverantwortlich und selbstbestimmt leben kann.